

# Die EU setzt auf Abschottung



*Patrouille an der Grenze Ungarns zu Serbien. Trotz des Zauns kommen auf diesem Weg viele Migranten in die EU. (c) ATTILA KISBENEDEK / AFP / picturedesk*  
10.02.2023 um 19:01  
von [Oliver Grimm](#) und [Anna Gabriel](#)

QUELLE: <https://www.diepresse.com/6250062/die-eu-setzt-auf-abschottung?from=rss>

## Beim Gipfel einigten sich die EU-Chefs auf effizientere Rückführungen und verstärkten Außengrenzschutz.

Gegen drei Uhr früh in der Nacht auf Freitag endete der [EU](#)-Sondergipfel in Brüssel mit der einmütigen Feststellung der EU-Staats- und Regierungschefs, dass Migration „als europäische Herausforderung eine europäische Antwort erfordert“. Und die lautet nun, noch mehr, als es das seit dem Krisenjahr 2015 bereits der Fall ist: Nach außen dicht machen, irreguläre Einwanderung verringern, Abschiebungen beschleunigen. „Wir werden handeln, um unsere externen Grenzen zu stärken“, versprach [Ursula von der Leyen](#), die Präsidentin der Europäischen Kommission. Bundeskanzler [Karl Nehammer](#), der vor dem Treffen indirekt mit einem Veto gegen die seiner Meinung nach zu vagen gemeinsamen Beschlüsse gedroht hatte, war zufrieden: „Sehen Sie es als Erfolg an, dass sogar Luxemburg zustimmen konnte“, sagte er. Luxemburgs Premierminister, Xavier Bettel, hatte sich besonders deutlich gegen die Forderung Nehammers und anderer seiner Amtskollegen nach einer Verstärkung des Außengrenzschatzes geäußert.

## Drei Milliarden Euro

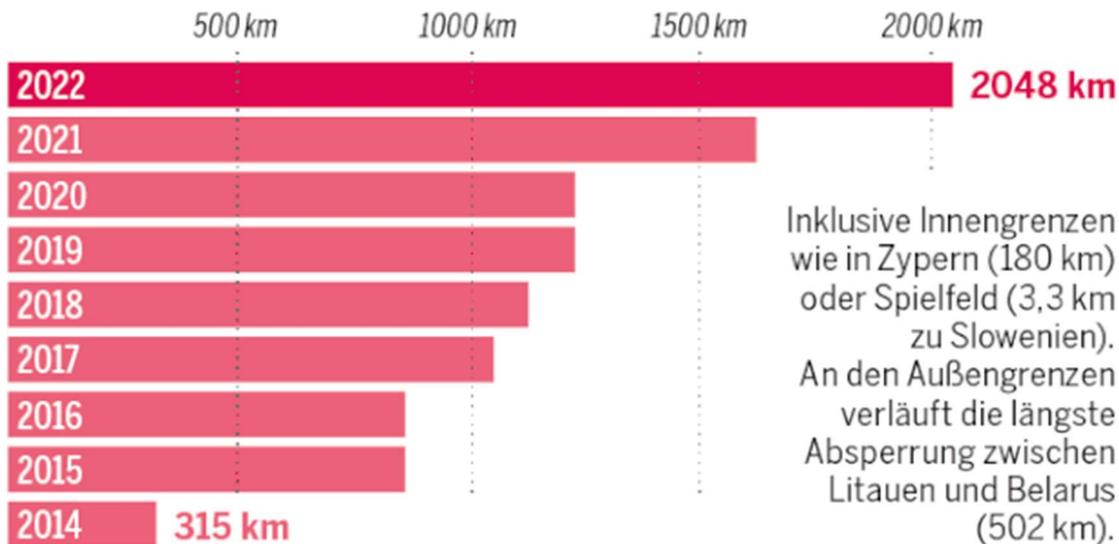
Nehammer nannte die Zahl von drei Milliarden Euro aus dem Unionsbudget, die für diese Zwecke nun eingesetzt werden sollten. Tatsächlich sind aber nur mehr rund 2,7 Milliarden Euro im Finanzrahmen der Jahre 2021 bis 2027 für Grenzmanagement verfügbar, teilte eine Sprecherin der Kommission auf Nachfrage der „Presse“ mit. Die Kommission, die nun von den 27 Chefs dazu angehalten ist, „unverzüglich umfangreiche Finanzmittel“ für den Außengrenzschutz einzusetzen, weist zudem darauf hin, dass diese Mittel von den Mitgliedstaaten bei den Verhandlungen des Finanzrahmens gekürzt worden sind – und dass man jene zwei Milliarden Euro, die laut österreichischer Bundesregierung zur Befestigung der bulgarisch-türkischen Grenze nötig seien, nicht allein aus dieser Quelle bezahlen könne.

## Finanziert die EU Zäune?

Direkt finanziert die EU Zäune weiter nicht, indirekt hingegen schon – wie bereits im Fall Polens, das 2021 und 2022 Mittel aus Brüssel erhalten hat, um seine Grenze mit Belarus zu befestigen, beziehungsweise die dafür benötigten technologischen Gerätschaften zu erwerben, was logischerweise Mittel im nationalen polnischen Budget freigemacht hat, um den Zaun hochzuziehen. Das sei nun auch bei Bulgarien „in jedem Fall so“, sagte Nehammer. Auch von der Leyen bestätigte nach dem Gipfel dieses Spiel über die Bande:

„Mit nationalen Mitteln ist es einem freigestellt zu tun, was man möchte.“ In der gemeinsamen Gipfelerklärung fordern die Staats- und Regierungschefs die Kommission dazu auf, Mittel für die „Stärkung des Außengrenzschutzes“ bereitzustellen. Explizit aufgezählt werden Infrastrukturmaßnahmen und Überwachungsinstrumente wie Drohnen. Diese Lösung erlaubt es nun Bulgarien, mit frischem Geld seinen Zaun zu verstärken. Währenddessen wahrt die Kommission ihr Gesicht und kann sich weiterhin dessen loben, diese von ihr als wenig wirksame und symbolisch unerfreulich angesehene Maßnahme nicht unmittelbar zu finanzieren.

## GESAMTLÄNGE DER GRENZZÄUNE IM EU-/SCHENGENRAUM



Quelle: EPRS/Costica Dumbrava - Grafik: „Die Presse“ - GK

## Asyl und Abschiebung

Das Ziel, schnelle Asylverfahren an der EU-Außengrenze und gegebenenfalls unmittelbare Rückführungen ebendort durchzuführen, soll in einem Pilotprojekt getestet werden, wie von der Leyen nach dem Gipfel angekündigt hat. Stichwort Rückführung: Die EU-Länder sind sich einig, dass die Quote jener Asylwerber, die nach einem negativen Bescheid in ihre Heimatländer abgeschoben werden, von derzeit nur knapp über 20 Prozent steigen muss. Druck will die [Union](#) über ihre Visa- und Handelspolitik ausüben.

## Zukunft von Schengen

Der Fokus der EU auf Maßnahmen zur Abschottung und effizienteren Abschiebung dürfte mittelfristig auch zu einem Umdenken Österreichs in der Schengen-Frage führen. Anfang Dezember hat die heimische Regierung den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum gemeinsamen grenzfreien Raum mit Verweis auf den mangelnden Außengrenzschutz blockiert. Werden die beim Gipfel geforderten Maßnahmen umgesetzt, könnte Österreich der Aufnahme der beiden südosteuropäischen Länder noch heuer zustimmen, glauben auch Diplomaten in Brüssel.